



Militärbader Tagblatt

Enzthalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enzthal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.50 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Vertriebe monatlich 1.66 RM, Einzelnummer 10 Pf. — Circulation Nr. 30 bei der Oberamtspoststelle Reudenburg Zweigstelle Wildbad. — Bankkonto: Enzthalbank GbR & Co., Wildbad; Reichsbank-Gewerbedank Mittel Wildbad. — Postfachkonto 20174 Stuttgart. Anzeigenpreise: Die einseitige Zeile über deren Raum im Bezirk Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Reklameweile 30 Pf. Rabatt nach Tarif. Für Offerten und bei Ausnahmefällen werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluß der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Notaufträgen oder wenn gerichtliche Mitwirkung notwendig wird, fällt jede Rückschreibung weg. Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 24, Tel. 472. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 279

Februar 479

Mittwoch den 29. November 1933.

Februar 479

68. Jahrgang.

Gleiches Recht und gleiche Sicherheit

Von Generalleutnant a. D. Ernst Kabisch.

Wir sind nicht hier, um einen neuen Vorschlag hinsichtlich der Schäden, die der Gegner gerechterweise bezahlen wird, zu prüfen. Wir befinden uns nicht vor einem weißen Blatt, auf dem wir noch die Möglichkeit hätten, niederzuschreiben, was wir wollen. Wir haben allerdings ein Blatt vor uns, aber es ist bereits bedeckt mit einem Text, unter dem die Unterschriften der Herren Wilson, Orlando, Clemenceau und Lloyd George stehen.

Sie wissen alle zweifellos, auf welchen Text ich mich beziehe: es ist die Friedensgrundlage, die Deutschland angenommen hat. Keine Herren, das ist ein Vertrag. Dieser Vertrag kann nicht ignoriert werden, und ich bin überzeugt, daß niemand hier vorschlagen möchte, ihn zu ignorieren.

Mit diesen Worten appellierte John Foster Dulles, Friedensdelegierter der USA, in den Versailler Verhandlungen an den Gerechtigkeitsinn der dort führenden Staatsmänner. Sein Appell bezog sich auf die Lansingnote vom 5. November 1918; sie ist die „Friedensgrundlage“, der „Vertrag“, von dem er spricht. Seine Worte — sie waren hervorgerufen durch die zügellosen Reparationsforderungen, die Clemenceau und Lloyd George vorbrachten — verhallen ungehört. Trotzdem bekräftigten die Alliierten und Assoziierten (A. u. A.) Mächte auf die Proteste der deutschen Friedensdelegation hin ausdrücklich, daß jener deutsch-amerikanische Notenwechsel, der mit der Lansingnote vom 5. November abschloß, auch von ihnen als Basis für die Friedensverhandlungen angesehen werde. Diese Note hatte der deutschen Regierung ein Memorandum der A. u. A. Mächte mitgeteilt, das lautete: „Die alliierten Regierungen haben den Notenwechsel zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der deutschen Regierung sorgfältig in Erwägung gezogen. Mit den folgenden Einschränkungen erklären sie ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprüchen niedergelegt sind. Sie müssen jedoch darauf hinweisen... (folgen Vorbehalte hinsichtlich der Begriffe „Freiheit der Meere“ und „Wiederherstellung der besetzten Gebiete“). Das britische „Institut für Internationale Angelegenheiten“ hat eine Geschichte der Friedenskonferenz von Paris veröffentlicht. In ihr sagt der Herausgeber H. W. B. Tempelton von diesem Memorandum: „Es stellt das förmliche und schriftliche Angebot der A. u. A. Staaten dar, mit Deutschland a) ein Waffenstillstandsabkommen und b) einen Friedensvertrag abzuschließen. Dieses Angebot wurde anerkanntermaßen von Deutschland angenommen. Durch die Annahme des Angebotes wurde ein feierliches Abkommen hergestellt, das sowohl moralisch wie rechtsgültig als die Grundlage des Waffenstillstandsabkommens und des Friedensvertrages diente.“ — In der Nachkriegszeit ist allzu oft diese Basis des Friedens, dieses „feierliche Abkommen“ außer Acht gelassen, dieser „Vertrag“, der die Unterschriften der Herren Wilson, Orlando, Clemenceau und Lloyd George trägt.

Man nennt von den Thesen des Präsidenten Wilson, die durch jenes Memorandum von den Regierungen der A. u. A. Staaten als Friedensgrundlage angenommen wurden, meist nur die ersten, die berühmten 14 Punkte vom 8. Januar 1918. Es gehören aber noch 13 andere (vom Februar, Juli und September 1918) dazu, unter diesen der erste Satz der Wilsonadresse vom 27. September 1918: „Die unparteiische Gerechtigkeit, die zugemessen wird, darf keine Unterscheidung zwischen denen mit sich bringen, denen gegenüber wir gerecht zu sein wünschen, und jenen, denen gegenüber wir nicht gerecht zu sein wünschen. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigungen und keine Abstraktionen kennt, sondern nur die gleichen Rechte der beteiligten Völker.“ Auf diesen Satz hatte die deutsche Regierung in ihrer ersten, das Friedensangebot bringenden Note vom 3. Oktober 1918 besonders hingewiesen. Gegen ihn haben die Vertreter der A. u. A. Staaten in jenem Memorandum der Lansingnote keine Einwendungen gemacht. Es ist also in dem „feierlichen Abkommen“, in dem von den leitenden Staatsmännern der USA, Englands, Frankreichs und Italiens unterzeichneten „Vertrag“, als Basis für den später zu schließenden Frieden der Grundsatz ausdrücklich festgelegt worden: „Gleiche Rechte für alle beteiligten Völker.“ An dieser Grundlage für den Frieden läßt sich nicht rütteln. Mit ihr steht und fällt der ganze Friedensvertrag.

Punkt 4 der vierzehn Punkte vom 8. Januar 1918 enthält die Abrüstungsgrundsätze und bestimmt dafür: „Austausch ausreichender Garantien dafür, daß die nationalen Rüstungen auf das niedrigste, mit der „domestic safety“ zu vereinbarende Maß herabgesehen werden.“ Domestic safety ist deutschseits von Anfang an mit „innere Sicherheit“ übersetzt und diese Uebersetzung später festgehalten worden.

Tagespiegel.

Der deutsche Gesandte in Wien ist angewiesen worden, mit Rücksicht auf die erfolgte Klarstellung bei der österreichischen Regierung anzufordern, in welcher Weise sie den Grenzwissenschaften weiter zu behandeln gedenkt. Darauf hat die österreichische Regierung ihr Bedauern ausgesprochen.

Das Gesetz zur Einschränkung der Eide schafft die weltliche Schwurform ab.

Die beiden deutschen Nachrichtenbüros Wolffs Telegraphisches Büro und Telephonunion werden ihre in Deutschland herausgegebenen Dienste zusammenlegen. Zu diesem Zweck wird eine neue Gesellschaft, „Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.“, gebildet.

Bischof Hoffenfelder in Berlin ist als Kirchenminister zurückgetreten.

Es kann aber auch ebenjogut „Landesicherheit“ bedeuten. So ist es von den A. u. A. Staaten bei Unterzeichnung jenes Memorandums aufgefaßt worden. Dabei dienten nämlich zur Festlegung des Sinnes der 14 Punkte Erläuterungen, die im Auftrage des Freundes und Vertreters Wilsons bei den Waffenstillstandsverhandlungen, Oberst Houle, vor Verhandlungsbeginn ein gewisser Walter Lippmann verfaßt und die Wilson offiziell genehmigt hatte. In den Erinnerungen des Oberst Houle tragen sie den Titel „Offizieller Amerikanischer Kommentar zu den vierzehn Punkten“. Sie waren allen Staatsmännern der Konferenzen bekannt, lagen stets auf dem Beratungstisch und wurden häufig befragt. Zu Punkt 4 heißt es darin: „Domestic safety“ begreift klarerweise nicht nur die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern, sondern auch den Schutz des Gebietes gegen einen Einfall an sich“. In diesem Sinn also ist Punkt 4 von den A. u. A. Staaten angenommen worden. Daher hat man auch in Artikel 8 des Versailler Vertrages hinsichtlich der Sicherheit das zweideutige Wort „domestic“ durch das eindeutige „national“ ersetzt.

Für uns ergibt sich hieraus Folgendes: Herabminderung der Rüstungen so weit, aber auch nur so weit, als dabei der Schutz des Staatsgebietes gegen einen Einfall gewahrt ist, das ist als Bedingung des zukünftigen Friedens schon in dem vor dem Waffenstillstand abgeschlossenen Vorfriedensverträge allseitig angenommen worden und darum auch für Deutschland maßgebend. Daß das auch für Deutschland gilt, wird dadurch noch besonders bestätigt, daß der Satz „gleiche Rechte für alle beteiligten Völker“ mit der Unterzeichnung des Memorandums ebenfalls von Deutschlands Vertragsgegnern bedingungslos angenommen ist. Werden diese Abmachungen von dem einen Vertragspartner einseitig gebrochen, so zerstört er die Basis des Versailler Vertrages. Damit würde der Vertrag selbst zusammenstürzen. Wir folgern daraus weiter: Unsere Vertragspartner vom 5. November 1918 sind verpflichtet, so weit abzurufen, daß unsere Sicherheit genau so gewährleistet ist, wie ihre. Diese Verpflichtung ergibt sich für sie unabhängig von dem bekannten Versprechen im Versailler Vertrage schon aus ihren Unterschriften unter den Vorvertrag.

Rede des Führers in Nürnberg

bei dem Staatsbegräbnis auf dem Westfriedhof

Nürnberg, 28. Nov. Nachdem Reichswehrminister von Blomberg für die Wehrmacht des Reiches am Grabe des ermordeten Reichswehrführers gesprochen hatte, trat Reichsfanzler Adolf Hitler als Vertreter des ganzen deutschen Volkes an das offene Grab. Mit den Worten: „Mein lieber toter Kamerad“ begann der Führer seine von tiefem Ernst getragene Ansprache. In der er u. a. ausführte:

„Ich bin hierher gekommen als Vertreter jener 40 Millionen Deutschen des 12. November. Ihr Geist, der Geist des deutschen Volkes, steht heute hier an diesem Grabe. Das deutsche Volk gibt mit diesem Kranz seinem jungen deutschen Soldaten den letzten Gruß. Denn sie alle haben sich zu dem Ideal bekannt, dem dieser Soldat diente und dem er sein junges Leben hingeben mußte. Ich weiß, so führte der Kanzler weiter aus, daß in diesen Tagen durch ganz Deutschland eine Welle des Schmerzes und der Erbitterung geht. Ich weiß aber auch, daß wir gerade an der Bahre dieses Opfers, dieses toten jungen deutschen Soldaten überzeugt sein dürfen, daß er nicht umsonst gefallen ist.“

Unte: Hinweis auf die Worte des Reichswehrministers erklärte der Kanzler: „Die Wehrmacht hat in diesem Toten einen Vorgesetzten des neuen Deutschland. Das ganze deutsche Volk aber sehe in ihm einen Märtyrer für die deutsche Sache. Er glaube, daß aus diesem Todesopfer das erwachsen werde, was wir alle ersehnen.“ Mit erhobener Stimme rief der Kanzler aus: „Die Märtyrer dieses deutschen Soldaten sind nicht identisch mit den Millionen unserer Stammesbrüder jenseits der Grenze. Würden diese Stammesbrüder die Möglichkeit besitzen, ihre Stimme frei

zu erheben, so würden sie sich feierlich losagen von den Mördern und den Prinzipien, aus denen diese Blutschuld erwuchs. Ich bin überzeugt, daß das Bekenntnis auch drüben kein anderes sein würde als es hier im Reich bereits ist. Deshalb aber dürfte, je betonte der Führer, für uns dieser Opfertod nicht eine Quelle neuer Erbitterung, sondern müsse zu einem Zeugen des Claretens werden, zu einem Zeugen für diese neue deutsche Gemeinschaft.“

Diesen Kranz lege ich zugleich aber auch nieder im Namen der deutschen Jugend, die in diesem Toten nicht nur wieder ein Vorbild sehen soll für sich, sondern zugleich auch eine ernste Mahnung, was das Vaterland von dem Einzelnen fordert, und was der Einzelne bereit sein muß, dem Vaterland zu geben. Wenn die deutsche Jugend sich zu dem gleichen Geist bekennt, der in dem Opfer dieses toten Soldaten seine lebendige Verkörperung findet, dann kann und wird aus Leid und Schmerz, die uns heute bewegen, dereinst wieder eine bessere Zukunft für unser Volk erwachsen.“

Im Anschluß an seine Worte, die die Umstehenden mit ergriffenem Schweigen anhörten, legte der Kanzler den riesigen Vorbeertranz am Grabe nieder, der die schwarz-weiß-rote und die Hakenkreuzfahne mit der goldenen Aufschrift seines Namens trug, nieder.

Der Reichstagsbrandstifter-Prozess

Leipzig, 28. Nov. Außer Kriminalpolizeirat Heller sind zur Verhandlung im Reichstagsbrandstifter-Prozess mehrere Kriminalbeamte aus verschiedenen Gegenden des Reiches geladen, die zu Einzelfällen nähere Angaben machen sollen. Die Verhandlung beginnt mit weiteren Mitteilungen des Kriminalpolizeirats Heller vom Polizeipräsidentium Berlin über die Schreibweise der „Noten Fahne“ in den Monaten Januar, Februar und März dieses Jahres. Nach dem Vortrag der revolutionären Kampfpapieren aus zahllosen Nummern der zentralen Presseorgane der KPD, und aus Versammlungsreden kommunistischer Abgeordneter berichtet der Zeuge Kriminalrat Heller, über eine Unmenge von Flugdrucken, Extrablättern, Klebezetteln der KPD, des verbotenen Roten Frontkämpferbundes, deren Inhalt ebenfalls zur „Einheitsfront der Tot, zum Sturz der bestehenden Verhältnisse“ auffordert. Heller kommt zu der Schlussfolgerung, daß es der Kommunistischen Partei unzweifelhaft erst damit war, auf dem Wege über Streiks, Massenstreiks und Generalstreik zum bewaffneten Ausstand zu kommen. Die Parteimitgliedschaft war bis in die kleinste Zelle hinein unterrichtet und vorbereitet und mit Waffen hatte man sich ausreichend versorgt. Wenn die Partei ihr Vorhaben doch nicht ausführen konnte, so war dies einmal auf das Nichtzustandekommen der Einheitsfront mit der sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiterschaft zurückzuführen, zum anderen auf das tatkräftige Einsehen der staatlichen und polizeilichen Machtmittel. Es fehlte nur noch an einem Ereignis, das die Massen aufrüttelte und sie in die Arme der KPD trieb.

Kriminalrat Heller weist dann auf Ausführungen des Abgeordneten Torgler in der Sitzung des preußischen Staatsrats vom 23. Februar 1933 hin. Torgler erzählte dabei von Mitteilungen und Gerüchten über ein Attentat auf Adolf Hitler, die auch Pöbel am gleichen Tage zur Sprache brachte. Torgler erwähnte, daß diese Gerüchte andeutungsweise zeigten, was für die nächsten Tage bis zum 5. März noch zu erwarten sei. Wenn Torgler, betonte der Zeuge, dies auch nur vorbeugend erwähnen wollte, so zeigen diese Einlassungen doch einen stark verdächtigen Charakter und lassen auf andere Zusammenhänge schließen. Bei einigermaßen geschickter Regie mußte es leicht sein, den Reichstagsbrand den Nationalsozialisten in die Schuhe zu schieben und so eine unüberbrückbare Kluft zwischen diesen und den Anhängern der SPD und den Mitgliedern der Gewerkschaften sowie des Reichsbanners aufzuarbeiten. Nur so ist der Reichstagsbrand in seiner gewollten eigentlichen Bedeutung zu verstehen und zu bewerten. Er sollte weniger das Zeichen für die Auslösung von Aktionen sein, wie er teilweise in der Provinz verstanden wurde, als vielmehr das Hauptmittel, die noch schwankenden Massen, die gegen die NSDAP und das nationale Denken eingestellt waren, zu den Kommunisten herniederzuziehen und für ihre Zwecke einzuspinnen.

Nach Beendigung der Aussage des Kriminalrats Heller gibt der Angeklagte Torgler eine Erklärung ab, in der er sagt, daß die von dem Zeugen vorgetragene Polizeiberichte zum Teil große Fehler enthalten.

Nach einer längeren Einleitung, die vom Vorsitzenden wiederholt unterbrochen wird, stellt der Angeklagte Dimitroff die Frage, ob der Zeuge Kriminalrat Heller ein Dokument besitze, aus dem hervorgehe, daß die deutschen Behörden zwischen dem 20. und 28. Februar 1933 einen bewaffneten kommunistischen Ausstand erwartet haben. Kriminalrat Heller erwidert, ein solches Dokument könne er nicht vorlegen, denn es sei Aufgabe der Schutzpolizei, der Gefahr eines solchen Ausstandes zu begegnen. Die Schutzpolizei, betonte der Zeuge, ist in den ganzen Monaten Tag und Nacht in Bereitschaft gewesen, um die kommunistischen Terrorakte, Demonstrationen usw. abzuwehren. Es ist kein Geheimnis, daß wegen der Ausstandsgefahr damals das Land in besondere Polizeigruppen eingeteilt worden ist. Mehrere andere Fragen Dimitroffs wurden vom Gericht nach kurzer Beratung als nicht zur Sache gehörig abgelehnt. Zu einem Antrag Dimitroffs, Thälmann als Zeugen zu vernehmen, erklärt der Ober-

Dr. Ley über den Aufbau der Arbeitsfront

Berlin, 28. Nov. Der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Staatsrat Dr. Ley sprach vor Vertretern der Presse über das zukünftige Wesen der Arbeitsfront. Er sagte u. a. um die Einheit herzustellen, habe er auch die Verordnung erlassen, daß die Verbände mit sofortiger Wirkung keine Mitglieder mehr aufnehmen sollen.

Aufnahmeperrre für die der Deutschen Arbeitsfront angehörenden Verbände — Einzelmitglieder in die DAF werden weiter aufgenommen

München, 28. Nov. Der "Völkische Beobachter" veröffentlicht folgende Anordnung des Führers der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley: Die Aufnahme von deutschen Volksgenossen in die jetzt von der Deutschen Arbeitsfront geführten Verbände ist mit sofortiger Wirkung gesperrt.

Aufgaben des deutschen Frauenwerks

Berlin, 28. Nov. Das unter der Schirmherrschaft des Reichsinnenministers Dr. Frick stehende deutsche Frauenwerk ist berufen, als Spitzenvertretung der verschiedenen Frauenverbände im nationalsozialistischen Staat die Heranziehung der Frauen zur Mitarbeit am Staat und die Vermittlung des nationalsozialistischen Gedankengutes an die Frauen durchzuführen.

Ueber die Aufgaben des Deutschen Frauenwerks hat sich die stellvertretende Reichsführerin und Referentin für Frauenfragen im Reichsinnenministerium, Frau Paula Steber, geäußert. Das deutsche Frauenwerk, so sagte die Referentin u. a., will und bejahen die fräuliche Frau und das fräuliche Wirken der Frau.

Neuer deutscher Schritt in Wien

Berlin, 28. Nov. Der deutsche Gesandte in Wien ist, wie wir von maßgebender Seite erfahren, vom Reichsaußenminister angewiesen worden, angeht die nunmehr abgeschlossenen Erhebungen über den Grenzverkehr mit Österreich.

23. November, dem ein Angehöriger der Reichswehr zum Opfer fiel, sein Bedauern ausgesprochen. Der Bundeskanzler hat dabei mitgeteilt, eine schnelle und vollständige Aufklärung dieses schmerzlichen Vorkommnisses herbeizuführen und hat sich vorbehalten, zur Frage der Verantwortung Stellung zu nehmen.

Auch der Berliner österreichische Gesandte Tauschig hat dem Reichsaußenminister das Bedauern seiner Regierung zum Ausdruck gebracht, wie er auch bereits den österreichischen Generalkonsul in Nürnberg angewiesen hatte, an dem Verleihenbegünstigung teilzunehmen und an der Fahre des Reichswehrmannes einen Kranz niederzulegen.

Unternehmer und NSD.

Berlin, 28. Nov. Die Reichsamtseitung der NS-DAF teilt mit: Die Anordnungen der Deutschen Arbeitsfront sowie der Inhalt einer Rede von Parteigenosse Walter Schumann haben zu Zweifeln geführt, über neuerdings auch die dem Handwerk, Handel und Gewerbe angehörenden selbständigen Unternehmer durch die NSD geworden und in die Deutsche Arbeitsfront eingegliedert werden sollen.

gez. Dr. von Kunteln.

Arbeitsbeschaffung in den Wintermonaten

Berlin, 28. Nov. Der Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr. Krupp von Bohlen und Halbach, hat an sämtliche Mitglieder der industriellen Spitzenorganisationen ein Rundschreiben gerichtet, in dem er unter Hinweis auf den großen Erfolg, den der Führer durch den Ausgange der Wahlen vom 12. November für die deutsche Volksgemeinschaft errungen hat, und für den ihm der Dank des ganzen deutschen Volkes gebührt, die Industrie auffordert, zur Sicherung dieses Erfolges die Ziele der Reichsregierung in ihrem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit mit allen ihr zu Gebote stehenden Kräften zu fördern.

trinkt Kathreiner, den Kneipp-Malzkaffee

„Wie wäre es, Herr von Kamerling, wenn wir uns mit der Reichswehrbrigade in Breslau in Verbindung setzen und um Entsendung von fünfzig Mann für drei Wochen bitten? Volle Verpflegung und Entlohnung. Ich glaube, wenn wir dem Kommandeur Karmachin, daß wir in der Tinte sitzen, weil uns die Polen im Stiche lassen, dann hat die Angelegenheit ein . . . beinahe vaterländisches Gesicht. Bei der Reichswehr ist doch eine große Anzahl landwirtschaftlich geschulter Kräfte.“

Er verstand nicht alles, nur soviel: der Herr hatte 50 Mann Soldaten nach Rosenburg beordert. Das war wichtig. Das mußten die Kameraden wissen. Mit den Soldaten wollte man sie heraufstreifen. „Es hat geklappt!“ sagte Willfried erfreut zu Schaffranz und Peter Mielitsch. „Der Oberst war ein famoser, verständiger Mann. Er hat mir die Entsendung von Reichswehr zugesagt. Sie kosten uns etwas mehr als die Polen, aber daran solls nicht liegen. Ob er fünfzig senden kann, das weiß er noch nicht, aber er will sich sehr bemühen.“

Rechtsanwalt, Thälmann sei ein vollkommen ungeeigneter Zeuge, da gegen ihn eine Voruntersuchung wegen Hochverrats schwebte. Das Gericht tritt dann in die Vernehmung der Beamten verschiedener Polizeistellen ein. Als erster Zeuge wird Kriminalkommissar Will aus Hamburg vernommen. Dieser Zeuge schildert seine Wahrnehmungen über die Tätigkeit der KPD im Hamburger Bezirk zu Beginn des Jahres. Seine Befundungen bestätigen im einzelnen, was von Kriminalrat Heller bereits allgemein angeführt worden war.

Auf einen Einwurf Dimitroffs erklärt der Zeuge Will mit allem Nachdruck, daß er, obwohl er viele Demonstrationen begleitet habe, niemals habe festgestellt können, daß die Nationalsozialisten die Angreifer gewesen seien.

Es folgt dann die Vernehmung des Kriminalkommissars Hohmann aus Königsberg, der u. a. berichtet, daß in Königsberg ein gewisser Jordan Leiter der Terrorgruppe war, der im Februar, als er von der Polizei gestellt wurde, erschossen worden ist. In seinem Besitz wurden genaue Vorschriften über die Herstellung von Bomben und Giften gefunden. Zu Beginn des Februars habe sich eine wachsende Aktivität der Partei bemerkbar gemacht. Für den 4. März sei ein Attentat auf den Reichsminister geplant gewesen, das aber nicht ausgeführt werden konnte, weil die Täter am 3. März festgenommen wurden.

Nach der Mittagspause wird Kriminalsekretär Mallach vernommen, der die polizeiliche Überwachung der kommunistischen Bewegung in der Provinz Grenzmark-Posen-Westpreußen geleitet hat. Er erklärt, er sei durch seine Beobachtung zu der Auffassung gekommen, daß auch in seinem Bezirk Vorbereitungen zum bewaffneten Kampf im Gange waren und daß es nur deshalb nicht zum Ausschlag gekommen sei, weil inzwischen die Reichsregierung mit energischen Maßnahmen vorgegangen war.

Kriminalsekretär Stiglich aus Altona, der besonders die Frage der Terrorgruppen bearbeitet hat, gibt eine Schilderung des Altonaer Blutsonntags, an dem ein Propagandazug der Nationalsozialisten von den Kommunisten planmäßig überfallen wurde, wobei 18 Tote und 60 Verletzte zu verzeichnen waren. Für den 5. März 1933, so fährt der Zeuge fort, war die Parole ausgegeben worden, schon in den frühen Morgenstunden SA-Postale unter Feuer zu nehmen. Wörtlich wurde gesagt, es müßte schon morgens gleich losgehen. Infolge der polizeilichen Vorkehrungsmaßnahmen ist es aber zu Ausschreitungen nicht gekommen. Am 8. März wurde eine Forderung der SA beschossen, wobei drei Personen getötet und 18 schwer verletzt wurden. Der Zeuge bezeichnet Altona als den Brennpunkt des kommunistischen Terrors.

Auch die Kriminalkommissare Schäfers-Frankfurt a. M. und Kriminalrat Proffig-Düsseldorf befinden, daß Ende 1932 und Anfang 1933 in den kommunistischen Versammlungen lebhaft Propaganda für die proletarische Revolution gemacht worden sei. Die weitere Zeugenvernehmung wurde auf Mittwoch vertagt.

Neue Eidesformel

Berlin, 28. Nov. Das jetzt im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Gesetz zur Einschränkung der Eide im Strafverfahren, das bekanntlich am 1. Januar 1934 in Kraft tritt, sieht auch eine neue Eidesformel vor. Während der Zeuge bisher die ganze Eidesformel nachsprechen mußte, wird die Vereidigung in Zukunft in der Weise erfolgen, daß der Richter an den Zeugen die Worte richtet: „Sie schwören bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß Sie nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen haben“, und der Zeuge hierauf die Worte spricht: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“ Wie bisher hat der Schwörende bei der Eidesleistung die rechte Hand zu erheben.

Stumme leisten den Eid in der Weise, daß sie die Worte: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich nach bestem Wissen die reine Wahrheit gesagt und nichts verschwiegen habe“ nieder schreiben und unterschreiben. Stumme, die nicht schreiben können, leisten den Eid mit Hilfe eines Dolmetschers durch Zeichen. Gibt ein Zeuge an, daß er Mitglied einer Religionsgesellschaft ist, der das Gesetz den Gebrauch gewisser Beteuerungsformeln anstatt des Eides gestattet, so steht eine unter der Beteuerungsformel dieser Religionsgesellschaft abgegebene Erklärung der Eidesleistung gleich.

Die österreichische Regierung spricht ihr Bedauern aus

Berlin, 28. Nov. Der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß hat dem deutschen Gesandten Dr. Rieth anlässlich des Zwischenfalles an der deutsch-österreichischen Grenze am

Kampf um Rosenberg

Roman aus Oberschlesien von Johannes Hollstein. 24. Fortsetzung. Raubdruck verboten. In diesem Augenblick meldete die Mansell den Gendarmen. Peter Mielitsch wurde herzlich begrüßt. Er hörte aufmerksam zu, was ihm erzählt wurde. „Die Ereignisse überstürzen sich!“ sagte er ruhig. „Aber mit den Polen ist es nun nichts mehr. Auch wenn sie weiter arbeiten wollten. Die sind nun störrisch und nicht mehr zu gebrauchen. Ich bin selbstverständlich gern dabei, wenn Sie mit ihnen alles klarstellen.“ „Besten Dank, Herr Wachtmeister! Nun noch eine . . . neue Arbeitskräfte . . . wo kriegen wir die rasch her?“ Mielitsch überlegte. „Sehr schwer, Herr von Kamerling!“ „Nicht zu knapp! Aber es koste, was es wolle . . . her müssen sie.“ Mielitsch sprach wieder: „Aus Rosenberg und Bialkowitz . . . ausgeschlossen! Die Bauern haben einen Gott, und der heißt Bruck. Er genießt ihre Hochachtung in unbegrenztem Maße.“ „Man sollte es nicht für möglich halten.“ „Ja, in gewissem Sinne hat er die auch verdient. Er ist ein ausgezeichnete Kenner des Landrechts. Alle Fragen, die die Landwirtschaft betreffen, beherrscht er. Auch mit den Eingaben versteht er sich. Er hat für viele Eingaben an die Behörden, wie Finanzämter, mit bestem Erfolge gemacht.“ „Jetzt verstehe ich es erst so richtig. Bruck war gewissermaßen der Rechtsanwalt der Umgebung, der sie beriet.“ „Ja!“ „Dann siehts natürlich in der Umgebung faul aus. Müßen wir weiter gehen!“ „Ja, weiter . . . da siehts weiter faul aus. Jeder ist froh, daß er Kräfte hat, und hält sie. Die drei Männer schwiegen, überlegten. Schaffranz kam plötzlich eine Idee.

Neuordnung des deutschen Nachrichtenwesens

Berlin, 28. Nov. Angehts der wirtschaftlichen Entwicklung in der deutschen Presse haben sich die Inhaber der Continental-Telegraphen-Gesellschaft, der Deutschen Telegraphen-Gesellschaft, der Gesellschaft der Telegraphen-Union, Internationaler Nachrichtendienst G.m.b.H., dahin verständigt, daß die in Deutschland herausgegebenen Dienste der beiden Gesellschaften zusammengelegt werden. Zu diesem Zweck wird eine neue Gesellschaft gebildet, die sich Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H. nennt. Zum Vorsitzenden des Vorstandes der neuen Gesellschaft ist Herr Otto Rejcz zu seinem Stellvertreter Herr Dr. Albrecht ernannt worden. Dem Vorstand gehören ferner an die Herren: Direktor Freiherr Bessler von Thallingen und Direktor Dr. Reeh, den Vorsitz des Aufsichtsrates übernimmt Herr Verleger Hugo Brudmann (München). Als Delegierter des Aufsichtsrates ist Herr Hauptmann a. D. Wilhelm Weik in den Vorstand entsandt worden. Die neue Gesellschaft wird ihre Arbeiten noch vor Ablauf dieses Jahres aufnehmen.

Der polnische Gesandte beim Reichs-ernährungsminister

Berlin, 28. Nov. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Darre, empfing am Dienstag anlässlich der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Roggenabkommens den Gesandten der polnischen Republik, Lipski. Die Unterredung verlief in sehr freundschaftlichen Formen. Der Gesandte gab seiner Beleidigung über das Roggenabkommen, das erste praktische Ergebnis in der Vereinigung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen, Ausdruck und erklärte insbesondere, daß zweifellos dieses Abkommen auf dem Gebiete des internationalen Warenverkehrs einen wertvollen Beitrag zu den Beziehungen der europäischen Länder leistet. Der Landwirtschaft stabile Marktverhältnisse zu schaffen. Darre ging auf den Grundgedanken und Zweck des Roggenabkommens ein und betonte das Bestreben der Reichsregierung für Deutschland Schaffe, über den Weg der Handelspolitik zu einer Befriedigung der Verhältnisse in Europa zu kommen.

Die kirchenpolitische Lage

Berlin, 28. Nov. Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt, daß die kirchenpolitischen Ereignisse der letzten Tage zu einer erfreulichen Klärung innerhalb der deutschen evangelischen Kirche geführt haben. Seit der Weimarer Tagung der Deutschen Christen besteht kein Zweifel über die innere Geschlossenheit der Bewegung. Ihre Richtlinien und Ziele haben weder durch die Entlassungen des ehemaligen Berliner Gauleiters noch durch Verdächtigungen und Anwürfe eine Minderung erfahren. Schirmherr, Reichsleiter und Gau der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“ bilden eine ungetrennte Gemeinschaft und sind seit entschlossen die von ihnen erreichte Einheit der evangelischen Kirche in Deutschland von keiner Seite zerbrechen zu lassen.

Bischof Hoffenfelder als Kirchenminister zurückgetreten

Berlin, 28. Nov. Wie wir erfahren, ist Bischof Hoffenfelder in seiner Eigenschaft als Kirchenminister zurückgetreten.

Antifaschistische Brandstifter in Padua

Mailand, 28. Nov. Gleichzeitig mit der Verbreitung antifaschistischer Flugblätter waren in zwei Kirchen Paduas im letzten Sommer wiederholt Brandstiftungsversuche festgestellt worden. Der Polizeipräsident der Stadt ließ daher einen verstärkten Wächterdienst einrichten, dem es in der Nacht gelang, zwei Männer festzunehmen, als sie gerade die hintere Pforte des Domes mit Benzin in Brand geschickt hatten. Es handelt sich um einen sizilianischen Handelsreisenden und einen Mittelschüler, die beide eine umfassende Gehändnis abgelegt haben und sich als Urheber auch der früheren Brandstiftungen und der Verbreitung von Flugblättern bekennen.

Vor der Umbildung des Kabinetts in Oesterreich

Wien, 28. Nov. In der dem Vizekanzler Fejn nachstehenden österreichischen Abendzeitung veröffentlicht dieser unter seinem Namen eine scharfe Stellungnahme gegen die Ausführungen des früheren Vizekanzlers Winkler. Die von Ingenieur Winkler in seiner Sonntagsrede abgegebene Erklärung entspreche in dieser Form keineswegs den Tatsachen. Trotz dieser Äußerungen Fejn ist es eine Tatsache, daß im Laufe dieser Woche und zwar am Mittwoch oder Donnerstag vom Landbund die entscheidenden Verhandlungen über den Beitritt eines seiner Mitglieder in die Regierung gefahrt werden, so daß wahrscheinlich am Freitag, wenn nicht schon früher, die Umbildung der Regierung vorgenommen werden wird.

Deutschland loben ist strafbar

Ein Beispiel österreichischer Rechtsprechung

Die Rechtsprechung in Oesterreich unter der Regierung Dollfuß hat sich auf die sonderbarsten Abwege verirrt. Die vielen Prozesse der letzten Zeit, mit denen man versucht, den Nationalsozialismus zu unterdrücken, legen ein beredetes Zeugnis davon ab, mit welcher „Objektivität“ gearbeitet wird. Der krasse Fall hat sich bei der Bezirkshauptmannschaft Kufstein (Tirol) ereignet, die den Nationalsozialisten Dr. Michael Widischwenter zu einer Geldstrafe von 500 Schilling und zu einer Arreststrafe von 28 Tagen verurteilt hat. Nunmehr liegt die Begründung zu diesem Urteil vor, die in der „Strafverhandlungsschrift“ enthalten ist und die von dem Beamten der Bezirkshauptmannschaft Dr. Gasteiger unterzeichnet ist. Wir lassen die Begründung, die Bände spricht, im Wortlaut folgen:

„Der Beschuldigte hat die Verhältnisse in Deutschland besprochen, über die er sich nicht abfällig äußerte, und dadurch eine Übertretung nach Paragraph 1 der Verordnung vom 19. Juni 1933 begangen. Der Beschuldigte gibt selbst zu, daß er über die Verhältnisse in Deutschland gesprochen hat und sich über diese objektiv äußerte. Bei der bekannten Einstellung des Beschuldigten, der als Führer der Nationalsozialisten in Scheffau und Umgebung gilt, ist anzunehmen, daß er die Zustände in Deutschland nicht tadelte, sondern jedenfalls lobte und somit eine unbefugte und verbotene Tätigkeit entfaltete.“ Ein Kommentar zu dieser eigenartigen „Urteilsbegründung“ ist wirklich überflüssig.

Der Stellvertreter des Führers über das Tragen des Dienstanzuges

Berlin, 28. Nov. Der Stellvertreter des Führers, Rudolf Heß, erklärt, wie die NSK meldet, folgende Verfügung:

Das Tragen des Dienstanzuges (nicht eines Braunhemdes allein ohne alle Abzeichen) des Erscheinens vor Gerichten, Arbeitsgerichten und an den Arbeitsstätten wird hiermit unter Verweis auf die Dienstvorschriften untersagt.

Ein weiteres Todesopfer des Terrors in Oesterreich

München, 28. Nov. Im Krankenhaus in Völs (Oberösterreich) ist, wie der „Völscher Beobachter“ meldet, der 54jährige Bergmann Johann Woginger, der am 18. September d. J. in Wölfslegg von Gendarmen durch einen Schuß schwer verletzt wurde, seinen Verletzungen erlegen. Damit hat der blutige Zusammenstoß in Wölfslegg bei dem eine Gendarmerieabteilung auf die in einem Gasthaus verammelten Wölfslegger Nationalsozialisten eine Gewehrsalve abfeuerte, ein viertes Todesopfer geordert.

Der deutsche Gesandte in Warschau bei Pilsudski

Warschau, 28. Nov. Der deutsche Gesandte von Nolte wurde am Montag nachmittag im Beisein des Außenministers Beck von Marschall Pilsudski zu einer Konferenz empfangen. Während der Unterredung wurden wie es amtlich heißt, die Fragen berührt, die auch in der Konferenz zwischen Reichskanzler Hitler und dem polnischen Gesandten in Berlin, Lipski, Gegenstand des Meinungsaustausches waren. Auch in der Besprechung bei Marschall Pilsudski wurde erneut die Uebereinstimmung der beiderseitigen Auffassungen festgehalten.

Die Nachricht über diese Konferenz im Besonderen hat größtes Aufsehen erregt. Die Tatsache, daß Außenminister Beck gleichfalls vom Staatspräsidenten Moczki zur Berichterstattung empfangen wurde, wird verschiedentlich mit der Konferenz bei dem Marschall in Zusammenhang gebracht.

Frau Gandhi erneut verhaftet

Bombay, 28. Nov. Frau Gandhi ist in Anand wegen Beteiligung an der Bewegung des zivilen Ungehorsams verhaftet worden. Es ist das sechste Mal, daß ihre Verhaftung verfügt worden ist.

Völkerbundsmüdigkeit in England

London, 27. Nov. Die Völkerbundsmüdigkeit der englischen Öffentlichkeit kam am Montag in einer Unterhausansprache zum Ausdruck, wie viel Zeit der Außenminister Sir John Simon im Zusammenhang mit internationalen Verhandlungen im Ausland verbracht habe. Sir John Simon erwiderte, daß er in den letzten zwei Jahren insgesamt 23 1/2 Wochen im Ausland gewesen sei. Der größte Teil dieser Zeit sei für die Abrüstungskonferenz verwendet worden. Auf eine weitere Anfrage sagte Sir John Simon, daß die Gesamtzahl der im Rahmen der Abrüstungskonferenz abgehaltenen Sitzungen einschließlich der Unterausschüsse sich auf 929 belaufe. Die Gesamtausgaben an Völkerbundsgeldern für die Abrüstungskonferenz betrügen 1 024 508 Schweizer Franken. Die dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz ausgezahlten Gesamtbeträge machten 73 271 Schweizer Franken aus.

Lokales

Wildbad, den 29. November 1933.

Hauptversammlung des Männergesangsvereins Liederkranz (Schluß)

Ein eigenartiges Geschick will es, so führte der Vereinsführer weiter aus, daß wir gerade jetzt wieder einmal den Schritt der Weltgeschichte vornehmen. Vielleicht stehen wir heute schon sogar an einem geschichtlichen Wendepunkt des deutschen Volkes. Mag aber der Weg von diesem Wendepunkt hinführen zum Glück oder zum Leid, eines wollen wir gewiß sein: wie sind deutsche Männer und auf Gedeih und Verderb mit unserem Volk verbunden. Wir müssen uns dessen voll bewusst sein, daß auch an uns Sänger die neue Zeit viel größere Anforderungen stellen wird als bisher. Unsere Hauptaufgabe ist die Erziehung zum deutschen Menschen durch das deutsche Lied. Erziehung ist aber nicht von heute auf morgen möglich, auch nicht durch äußerliche Einstellung auf die neue Zeit. Erziehung ist vielmehr das, was im tiefsten Innern vor sich geht, eine Umwandlung im Herzen, im Fühlen und Wollen. Deshalb dürfen wir nicht müde werden, an uns selbst zu arbeiten und wenn wir das getan haben, das Erziehungswerk hineintragen ins Volk, durch unser Lied und durch unsere Einstellung, auf das echte deutsche Wesen, auf deutsches Lieben und deutsches Glauben; wir wollen den Geist erwecken, der den Menschen stolz macht auf sein Vaterland. Unsere Zukunft hängt von der Zusammenfassung aller Kräfte ab, daß wir uns einig sind im Glauben an unser Volk und Vaterland und an unseren von Gott gesandten Führer. Deshalb muß es unsere nächste Aufgabe sein, an der Schaffung der Volksgemeinschaft mitzuarbeiten, und müssen den anderen ein gutes Beispiel dafür geben. Dieses Beispiel geben wir nicht allein dadurch, daß wir die Liedpflege veredeln, sondern dadurch, daß wir alle deutschen Männer, die noch abseits stehen, im Liede zusammenführen. Reichen wir uns als Sangesbrüder aufrichtig die Hand und müssen bedenken, unseren Blick nicht auf Vergangenes und Gegenwärtiges einzustellen, sondern darüber hinweg in die Zukunft zu richten. Abgeschlossen möchte ich mit Hans Sachs sprechen: „Guch macht ihr's leicht, mir macht ihr's schwer, gebt ihr mir Armen soviel Ehr'". Aber ich gelobe an dieser Stelle, daß ich meine ganze Kraft einsetzen werde für das deutsche Lied und für das Wohl unseres Vaterlandes, das soll die Richtschnur auf dem Wege sein, der so gegangen werden soll, daß auch unsere Heimatstadt den Segen verspürt. Heil!

Sodann verpflichtete der Vereinsführer die bisherigen Vorstands- und Ausschussmitglieder zu seinen Mitarbeitern.

Aufstellung des Jahresprogramms. Borgelesen wurde eine Weihnachtsfeier, ein Frühjahrs- und Herbstkonzert, sowie der Besuch und Teilnahme am Sängerbundesfest in Heilbronn. Die Aufstellung eines festem Programms sei heute schwierig, da leider damit gerechnet werden müsse, daß der Verein am 1. Januar 1934 seinen bewährten Chormeister abgeben muß, was eine schwere Belastung für den Liederkranz bedeute. Laut Verfügung des Bad. Kultusministeriums ist es sämtlichen Herren, die im Staatsdienst stehen, unterlagt, neben ihrer Staatsstellung Gesangsvereine usw. zu leiten. Chormeister Erwin Baumann gab über diesen Punkt noch nähere Aufklärungen; als Sohn seines Vaters könne jeder seine Einstellung zum deutschen Männerchor; kein schöneres Weihnachtsgeschenk könne es für ihn geben, als die Erlaubnis, den Liederkranz Wildbad weiter leiten zu dürfen. — **Verschiedenes.** Unter diesem Punkt gab der

Vereinsführer verschiedene Schreiben bekannt, u. a. von Dr. Waldner betr. Heimatmuseum. Am 3. Dezember findet eine Weihnachtsfeier für das Winterhilfswerk statt; der Liederkranz wirkt hierbei mit. Weitere Ausführungen galten dem Besuch in Heilbronn, dem Beerdigungsschor, der Bekanntgabe Singstunden usw. Schriftliche Anträge von Sangesbrüder Karl Flum und Ausführungen der Sangesbrüder Gustav Eitel und Robert Wendel wurden zur Kenntnis genommen und zum Teil gutgeheißen. Eine Herabsetzung der Beiträge für die passiven Mitglieder ist zur Zeit nicht möglich. Neben den beiden Konzerten im Frühjahr und Herbst, die den passiven Mitgliedern geboten werden, wirkt die Sängerschar bei den verschiedenen Gelegenheiten mit und sollte es für die passiven Mitglieder schon aus diesem Grunde eine gewisse Benützung bilden, Mitglied des Liederkranzes zu sein. — Sangesbrüder Hefelichwerdt gab sodann die Namen derjenigen Sänger bekannt, die die Singstunden regelmäßig (52 Mal und darunter bis zu 48 Mal) besucht haben. Es sind dies vom 1. Tenor: Chr. Bott 52, Gustav Bott 51, Paul Hefelichwerdt 52, Emil Nummer 51, Robert Rieginger 49, Paul Treiber 49; 2. Tenor: W. Bauer 51, Th. Hildebrand 48, Richard Köhle 48, Karl Reule 51, Eugen Sendelmann 50, Otto Treiber 52; 1. Bass: Robert Bott 50, Karl Diez 48, Max Höhn 51, Albert Knolle 50, Rudolf Vinder 49, Hermann Wundinger 48, Fritz Döhmar 52, Hermann Rieginger 48; 2. Bass: Emil Baumann 52, Wilhelm Bihle 52, Walter Leopold 48, Jakob Messerle 50, Karl Kometsch 52, Albert Schmid 52, Karl Bolz 49. Besondere hervorgehoben sei hier, daß die Sangesbrüder Chr. Bott und Paul Hefelichwerdt noch keine Singstunde seit Uebernahme des Vereins durch den jetzigen Chormeister versäumt haben. Anschließend wurden auch die Sänger, die oft ohne Entschuldigung gefehlt haben, zur Berlesung gebracht. — Die Tagesordnung war hiermit erschöpft. Ein dreifaches Siegesheil auf den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und auf das Deutsche Lied, sowie der Männerchor „Sängerglaube“ bildete einen würdigen Abschluß der von über 70 Mitgliedern besuchten harmonisch verlaufenen Hauptversammlung.

Keine überflüssigen Veranstaltungen!

Die Landesstelle Baden-Württemberg des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda teilt mit: Die nationalsozialistische Regierung hat dem deutschen Volke seinen Stolz und seinen Glauben wiedergegeben und es zu einer nationalbewußten Gemeinschaft zusammengeführt. Zur Pflege dieser Volksgemeinschaft und zur befristeten Einkehr wurden die großen nationalen Feiertage wie „Feiertag der nationalen Arbeit“ und „Erntedankfest“ geschaffen. Betriebliche Vereine und Verbände glauben nun einen Anlaß zu haben, um in der Veranstaltung feierlicher Tage, Feste und dergl. miteinander zu wetteifern. Das muß jetzt aufhören. Wer das Bedürfnis hat, durch große Feiern Geld auszugeben, mag diese Beträge besser an das Winterhilfswerk abführen und wird sich so im ganzen Volke mehr Ruhm und Dankbarkeit verschaffen, als es durch überflüssige Feste der Fall sein kann.

Für Veranstaltungen von Vereinen usw. zugunsten des Winterhilfswerks wird im Einvernehmen mit dem Landesführer des WHW Gau Baden bestimmt, daß mindestens 60 Prozent der Brutto-Einnahmen an das WHW abgeführt werden müssen. Die Durchführung und Anführung solcher Veranstaltungen zugunsten des Winterhilfswerks oder mit ähnlicher Bezeichnung ist künftig nur noch ihrer schriftlichen Genehmigung durch die zuständigen Kreisführer des WHW zulässig. Damit ist allen Besuchern, die auf diese Art einen Betrag zur Winterhilfe leisten wollen, die Gewähr für die Erreichung dieses Zweckes gegeben.

Württemberg

Die Gattin des Ministerpräsidenten Mergenthaler gestorben

Stuttgart, 28. Nov. Wie der „NS-Kurier“ erfährt, ist die Gattin des Ministerpräsidenten Mergenthaler am Dienstag mittag gegen 1 Uhr an den Folgen einer Operation gestorben.

Feuerbach, 28. Nov. (Neue katholische Kirche.) Am Sonntag wurde in Gegenwart von Weihbischof Fischer-Rottenburg der Grundstein für eine neue katholische Kirche gelegt. An den Hammerschlägen beteiligten sich außer der Geistlichkeit noch die Vertreter der württembergischen Verbände, der katholischen Gemeinde und der katholischen Vereine. Der Neubau der Kirche soll in Bälde unter Dach kommen.

Kenningen, OA. Leonberg, 28. Nov. (Verkehrsunfall.) Am Samstag wurde der verheiratete Landwirt Bauer von hier von einem Auto angefahren und schwer verletzt.

Gattenhofen, OA. Göttingen, 28. Nov. (Der älteste Bürger gestorben.) Auf dem Wege vom Gottesdienst nach Hause besiel den 88jährigen August Frank am Sonntag ein Unwohlsein. Er hat einige Kirchengänger, sie möchten ihn nach Hause begleiten. Dort angelangt, wurde er sofort ins Bett gebracht und wenige Augenblicke später trat der Tod ein.

Siglingen, OA. Redarjum, 28. Nov. (Im Schneeeerstich.) Der 28jährige Frieur und Arbeiter Lorenz Weiser, gebürtig von Simmersfeld OA. Nagold, bekam in nächster Entfernung von seiner Wohnung einen Krankheitsanfall, als er Montag früh an seine Arbeitstätte wollte. Er mußte sich dabei erbrechen und kam so unglücklich in den frühgefallenen Schnee zu liegen, daß der Tod infolge Ersticken eintrat.

Freudenstadt, 28. Nov. (Hitlers Weihnachtsbaum aus schwäbischem Wald.) Vor einigen Tagen wurden 2000 Weihnachtsbäume vom Schwarzwald nach Norddeutschland verschifft. Wie das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ erfährt, befand sich unter dieser Sendung aus einem Waldgebiet bei Freudenstadt auch der Christbaum des Reichskanzlers. Die Edelanne ist über acht Meter hoch und ist ungewöhnlich schön gewachsen. Ihre Farbe ist Stahlblau. Sechs Mann ließen sie an Seilen zu Boden und banden sie sorgfältig ein. Als der Bauer, in dessen Wald der Christbaum des Führers stand, erfuhr, daß dieser dem Reichskanzler geschenkt werde, lehnte er es entschieden ab, eine Bezahlung dafür anzunehmen. Der Führer möge den Christbaum als einen bescheidenen Gruß aus unserem Schwarzwald betrachten.

Ulm, 28. Nov. (Militärische Trauer.) Zum Zeichen der Trauer für den erschossenen Soldaten Schuhmacher, Infanterieregiment 21, hatten die militärischen Dienstgebäude am Montag nachmittag ihre Flaggen halbmast gesetzt.



Tübingen, 28. Nov. (Austritt.) Professor D. Rittel-Tübingen hat dem Bischof Hofensfelder seinen Austritt aus der Glaubensbewegung Deutsche Christen mit der Begründung mitgeteilt, die Reichsleitung und die württembergische Landesleitung der DDC hätten sich als unfähig erwiesen, Führer zu sein auf dem Wege zu der echten deutschen Kirche des Evangeliums und dem echten deutschen Christentum, um die er Zeit seines Lebens gekämpft und gerungen habe.

Keutlingen, 28. Nov. (Vom Tode ereilt.) Als vor-mittags der 79 Jahre alte Privatmann Eberhard Reicherter den Schnee vor seinem Hause auf dem Gehweg wegschleppen wollte, fiel er plötzlich um. Er war offenbar von einem Herzschlag getroffen worden.

Göppingen, 28. Nov. (Winterport.) Der Schneefall hat am Montag bis in den Abend hinein angehalten. Die Landschaft bietet ein herrliches Bild. Soweit das Auge reicht, eine einzige gleichmäßig überzogene weiße Fläche ohne Vertiefungen, aus der Wälder, Bäume und Sträucher wie von einem dicken Nauhreif überzogen, herausragen. Die Schneedecke beträgt im Tal etwa 20 Zentimeter, während auf den Bergen der näheren und weiteren Umgebung über 30 Zentimeter liegen, die, fein pulverig, eine tadellose Skibahn bieten. So hat bereits der Winterportbetrieb eingestellt.

Heidenheim, 28. Nov. (Volkschau.) In der Mitgliederversammlung des Vereins Heidenheimer Volkschau wurde mitgeteilt, daß das vergangene Jahr mit einem Abmangel von 9300 RM. abschließt, aber in Anbetracht der produktiven Anschaffungen in Höhe von rund 27 000 RM. trotzdem als befriedigend angesehen werden kann. In dem letzten Jahrzehnt wurden allein durch die Volkschau rund 700 000 RM. direkt ausgegeben und der heimischen Wirtschaft zugeführt. Die Besucherzahl betrug 400 000, die rund 800 000 RM. ausgegeben haben. Wenn man bedenkt, daß die Volkschau mit einigen hundert Markt Kapital anfangen und heute das Naturtheater, Großlautsprecheranlage, das Volkstunshaus, insgesamt 11 174 Kostüme usw. besitzen, so kann man den Wert der Arbeit rein äußerlich ermessen. Wenn auch noch etwa 30 000 RM. Schulden vorhanden sind, so bedeuten diese doch nur wenig im Vergleich zu den vorhandenen Werten.

Heidenheim, 28. Nov. (Todesfall.) Fabrikant Wilhelm Klappert ist Sonntag früh an einem Herzschlag im Alter von 57 Jahren gestorben. Im Jahre 1913 trat er in die Firma Zigarettenfabriken Gebr. Schäfer hier ein, der er nahezu 21 Jahre unermüdet seine Kräfte zur Verfügung stellte.

Wöhlingen, O.A. Sulz, 28. Nov. (Selbstmord.) Ein gräßlicher Fall ereignete sich in der Dampfziegelei von Gebrüder Ripp. Als der den Koller-Gang beaufsichtigende Arbeiter eine Unregelmäßigkeit bemerkte und nachsah, entdeckte er zu seinem Schrecken einen menschlichen Körper in dem Getriebe, der bereits zur Unkenntlichkeit zugerichtet war. Der Kollergang ist zwei riesige, je etwa 50 Zentner schwere Mahlsteine, die die Ziegeleerde zermahlen

Friedrichshafen, 28. Nov. (7000 RM. im Eisenbahnzug gefunden.) Bei der Ankunft des von Richtung Ulm herkommenden D-Schnellzuges 208 in Friedrichshafen fand man bei Durchsichtung der Personenwagen in einem Wagen zweiter Klasse, unter einer Sitzpolsterung versteckt, ein kleines Paket. Nach Öffnung desselben fanden 7000 RM. in 100 Mark-Scheinen zum Vorschein. Bis zum Abend hat sich noch niemand als Eigentümer gemeldet. Es liegt deshalb die Vermutung sehr nahe, daß das ausgefundene Geld im Besitze eines Diebstahlschleiers oder eines Diebes war.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Der Kronprinz in Beringen. Der deutsche Kronprinz, der das Wochenende in Doorn verbrachte, begab sich zu einem kurzen Besuch nach Beringen (Holland). Er suchte zunächst den Schmied auf, bei dem er mehrere Jahre das nach der Hohenzollerntradition in der Jugend erlernte Handwerk ausgeübt hat, worauf er verschiedene alte Bekannte besuchte. Schließlich besuchte der Kronprinz noch die Zudersee-Werke und die auf dem neugewonnenen Land errichteten Dörfer.

Japans Reich zu Ehren des Stabschefs Röhms. Zu Ehren des 46. Geburtstages des Stabschefs Röhms fand Montag abend vor seiner Wohnung in der Prinzregentenstraße in München ein von der Leibstandarte ausgeführter großer Zapfenstreich statt.

Nationalsozialistischer Wahlsieg in der Steiermark. Die Landesleitung Österreich der NSDAP teilt mit: Bei den Betriebswahlen im Eisenwerk der Oesterreichisch-Alpinen-Montan-Gesellschaft in Kumdult bei Rindsberg (Steiermark) erhielt die nationalsozialistische Liste „Deutsche Arbeiter“ alle sieben Mandate des Arbeiterbetriebsrates. Das Werk wurde noch im letzten Jahr fast ausschließlich von Sozialdemokraten beherrscht.

Ueberfall auf den Transsibirien-Expresszug. Wie zur Entgleisung des Transsibirien-Expresszuges gemeldet wird, wurde von den europäischen Fahrgästen, soweit bisher bekannt, niemand verletzt. Dagegen wurden 7 Eingeborene getötet und mehrere verwundet. Etwa 65 Kilometer westlich von Tiflis hatten Räuber die Gleise blockiert und sich in den Hinterhalt zurückgezogen. Als sich die Fahrgäste aus den umgestürzten und schwerbeschädigten Wagen zu befreien versuchten, eröffneten die Räuber das Feuer und plünderten dann die Fahrgäste aus. Mehrere Personen sind angeblich entführt worden.

Raubüberfall in einem Berliner Juwelierladen. Dienstag vormittag betrat ein Mann das Juweliergeschäft von Baostischke in der Friedrichstraße. Nachdem er durch Fragen festgestellt hatte, daß der Geschäftsinhaber nicht anwesend sei, stürzte er sich auf die Verkäuferin und brachte ihr mit einem kantigen Eisen schwere Verletzungen bei. Auf die Hilferufe eilte eine Frau in den Laden, die ebenfalls von dem Manne niedergebrosen wurde. Aufmerksam gewordene Passanten hatten inzwischen Polizeibeamte herbeige-

rufen, die den Mann überwältigten und festnahmen. Die beiden schwerverletzten Frauen wurden dem Krankenhaus zugeführt.

Raubüberfall in Marseille. Am helllichten Tage wurde der Direktor eines Beerdigungsinstitutes, der von der Bank 110 000 Franken für Gehaltszahlungen geholt hatte, in dem Augenblick, in dem sein Wagen in die Garage eingefahren war, von vier Banditen mit vorgehaltenen Revolvern überfallen und zur Herausgabe der Lohngehälter gezwungen. Es gelang den Räubern, in einem Auto zu entkommen.

Dreifaches Todesurteil gegen eine Kindesmörderin. Die Ehefrau Konzilia in Essen, die am 9. Dezember v. J. ihre drei Kinder im Rhein-Herne-Kanal ertränkt hatte, wurde wegen Mordes in drei Fällen zum Tode verurteilt.

Streik in den Schlachthäusern Chicagos. In den weltbekanntesten riesigen Schlachthäusern Chicagos ruht die Arbeit. 7000 Arbeiter sind wegen Ablehnung der von ihnen geforderten Lohnerhöhung um 50 v. H. in den Streik getreten. 700 unbewachte Lastwagenladungen blockieren die Straßen eines ganzen Stadtviertels.

Aus dem Gerichtssaal

Betrügerischer Bankrott

Esslingen, 28. Nov. Vor dem Schwurgericht hatten sich der 45 Jahre alte Landwirt Wendelin Hals aus Neunheim bei Esslingen sowie seine 46jährige Ehefrau Anna wegen eines Konkursverbrechens und Meineids bzw. Anstiftung zum Meineid, ferner der ledige 31 Jahre alte Dienstmädchen Alois Graule, der verheiratete 40 Jahre alte Landwirt Peter Wolfstrom in Neunheim, die ledige 26 Jahre alte Dienstmagd Marie Stöder aus Hinteruhberg O.A. Crailsheim, der 49 Jahre alte Landwirt Josef Hals in Stadenhagenmühle, die 29jährige Landwirtsehefrau Theresia Götz aus Neunheim, die verheiratete 50 Jahre alte Landwirtsehefrau Th. Baier in Neunheim und die verheiratete 46jährige Landwirtsehefrau Elisabeth Baier geb. Wagner in Neunheim wegen Beihilfe zum Konkursverbrechen zu verantworten. Das Urteil lautete gegen Wendelin Hals wegen des betrügerischen Bankrotts auf sechs Monate Gefängnis und gegen seine Ehefrau wegen Beihilfe zum verurteilten betrügerischen Bankrott sowie eines Verbrechens der verurteilten Schuldnerbegünstigung auf zwei Monate Gefängnis. Ferner erhielten Alois Graule, Peter Wolfstrom, Marie Stöder je wegen eines Verbrechens der Beihilfe zum betrügerischen Bankrott und eines Verbrechens der Schuldnerbegünstigung je 22 Tage Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Besau, 28. Nov. In dem zweiten Hedlinger Mordprozeß, dem die Ermordung des SA-Mannes Gieslik am 11. Februar d. J. zugrunde liegt, beantragte der Staatsanwalt gegen zehn Angeklagte die Todesstrafe. In der gleichen Sache wurden bereits im Juli d. J. drei Kommunisten zum Tode verurteilt; dies Urteil ist inzwischen vom Reichsgericht bestätigt worden. In der damaligen Verhandlung traten die in dem jetzigen Prozeß angeklagten Kommunisten als Zeugen auf. Sie waren während der Beweisaufnahme schwer belastet und auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft im Gerichtssaal verhört worden.

Räumungs-Ausverkauf

wegen Wegzug

20% Rabatt auf:

Strümpfe, Socken, Handschuhe
Unterwäsche für Damen, Herren und Kinder
Westen, Pullover
Baby-Artikel, Frottierwäsche
Handarbeiten

10% Rabatt auf: Wolle

Vieser

(neben Hotel Traube)

Bleibe in der Volkstront

vom 12. November.

Du kämpfst

für dein Vaterland,

für die Nation

und die Brüder in Not!

Gedenket
der hungernden Vögel!

KAUFHAUS SCHOCKEN PFORZHEIM

Handarbeiten vorgezeichnet

Überhandtuch Hohlsaum	Hautstuch, mit farbiger Blende, Paspel oder Größe 60x120 cm	0,95	Tischdecke Nessel, mit buntem Rand, farbiger Muster-Vorlage und Material	Größe 130x160 cm	2,45
Wandschoner	Hautstuch, zum Handtuch passend	0,95	Tischdecke Halbbleinen, mit Hohlsaum, 4 cm breiter Saum, geschmackvolle Zeichnungen, Gr. 130x160 cm		3,85
Tabletdeckchen	farbige Bembergkunstseide, eckig oder oval		Tischdecke farbiger Baumwoll-Rips, waschecht, mit Kreuz- und Plattsch Zeichnungen, Größe 130x160 cm		4,85
Größe cm	18x25 22x32 27x37 33x44	—	Kissen Gürtel-Häkelerei, mit farbiger Vorlage, Größe 40x40 cm 0,95, Größe 40x40 cm oder 35x30 cm		0,75
Preis	0,25 0,35 0,45 0,65	—	Trägerschürzen Rahnessel fertig genäht, anderfarbig garniert		
Tischdecke	starkfädiges Hautstuch, mit leichten Kreuz- und Silbelsch Zeichnungen		Größe	45 55 65 75 85	0,55 0,65 0,75 0,85 0,95
Größe cm	60x60 80x80 100x100 130x130 130x160		Preis		

Die Maße geben die ungefähren Größen an.

Backartikel!

Mehl:
Mühlengold Auszug 5 Pfd.-Pfl. 1,05
Weizenmehl 0 5 Pfd.-Pfl. 95
Sesfe Mehl 1 Pf. 50
Mandeln, 1 Pf. 90
Saiselnkörner 75
Kokosraspel 28
Zitronat 1/4 25
Orangeat 1/4 22
Kastorhonig 45
Margarine m. Schin 38
Margarine o. Schin 68
Kokosfett 58
Reines Schweineschmalz 58
Vanillinzucker 3 Pfl. 10
Backpulver 1 Pf. 5
Süßholzwurz

5% Rabatt
mit Ausnahme einiger Artikel

Otto Boff, Niederlage von
Thams & Garfs
Samburger Kaffee-Lager

Jede Woche 1 x Filche

Heute eintreffend:
Frischer Kahlau
im ganzen Fisch 26

Kahlaufilet
ohne Bauchlappen 42

Frische Bäcklinge

Seringsalat mit Mayonnaise
Fleischsalat 1/2 Pfd. 20

Bfäz. Weißwein
Bfäz. Rotwein
Deutsch. Wermuth

Alter Flasche 80
Fischensland 10 extra

Malzkaffee lose Pfd. 25
Kakao lose Pfd. 70

Wild-Vogelstutter
Pfd. 20

... und **5% Rabatt**

Pfannkuch

Ein Gasofen

(Radiador)
billig zu verkaufen
Wer, sagt die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Visitkarten

liefert in kürzester Frist die
Tagblatt-Geschäftsstelle.

Direkt von der See:
Frische Fische
Kabeljau o. Kopf 25
Schellfisch o. Kopf, Bratschellf. 38
Rieler Sprotten
1 Pfund-Riste 58
Rieler Bratlinge Pfd. 30
Lochbringe, groß, Std. 12
Sals-Bringe 5 Stück 24
Frankfurt. Würstchen
3 Paar 40
Neue Linsen Pfd. 20
Feinst. Auszugsmehl
5 Pfd. 95
Feinstes Konfektmehl
5 Pfd. 1,05
Brotmehl 5 80
Alle Backartikel vorrätig!
Delikateß-Gülze
1/2 Pfd. 24
Süße Orangen Pfd. 22
Süße Mandarinen 25
Blumenkohl, Schneeweiß
Stück von 40 an
und **5% Rabatt**

LUGER

2-2 1/2 Zimmer

unmöbliert, hell u. geräumig,
gute Verkehrs Lage, möglichst
Barriere oder erste Etage
zu mieten gesucht.
Angebote unter E. Fr. 279
an die Tagblatt-Geschäftsstelle.

Wermuth „Menzano“
1/2 Flasche RM. 1,20
Behörmlich und appetitanregend
Erhältlich in der
Eberhard-Drogerie

Unkündbare Tilgungs-Darlehen zu 3 Prozent

zur Abl. von Hypoth., Bau oder Umbau,
sowie Kauf von Häusern etc., durch die
Zweisparkasse des Landesverbands württ. Haus- und Grundbesitzervereine G. m. b. H. Heilbronn 44.

Vom Reichsaufsichtsamt zum Geschäftsbetrieb zugelassene Bausparkasse.
Hauptvertreter: Fritz Müller, Neuenbürg.
Bei schriftl. Anfragen Rückporto erbeten.

Junge, fette Hafermast-Gänse und Enten

gestochen Brund 70 Pfennig
Suppenhühner Pfd. 55 Pfg.
Seidhähnen . . Pfd. 45 Pfg.
Verfand per Nachnahme.
Heinrich Nagel, Aidenbach
(Niederbayern).